

Erhöhung um Fr. 200'000

Begründung:

Der Kanton Basel-Stadt hat eine grosse Migrationsbevölkerung sowohl aus bildungsnahen wie auch aus nicht bildungsnahen Bevölkerungsschichten. Damit eine erfolgreiche Integration gelingen kann, ist der Erwerb unserer Sprache von zentraler Bedeutung. Ein wichtiger Pfeiler der sprachlichen und weiteren gesellschaftlichen Integration sind die Deutschkurse der nichtgewinnorientierten Sprachschulen.

Der Kanton hat in seinem Integrationsprogramm Ziele und Massnahmen festgelegt, die wirkungsvoll sind. Unter anderem unterstützt er diese Integrationsbemühungen indem er allen angemeldeten Migrant*innen unabhängig vom Einkommen eine Kurspreisreduktion gewährt und Personengruppen mit kleinem Einkommen mit zusätzlichen Ermässigungen unterstützt. Diese Massnahmen wirken sehr gut und die Deutschkursanbieter verzeichnen laufend höhere Teilnehmerzahlen. Bereits in den vergangenen Jahren wurde das festgelegte Kostendach für die Deutschkurse ausgeschöpft und der Kanton hat zusätzlich mitgeholfen, diese höheren Kosten zu decken.

Auf das Jahr 2021 reduziert der Kanton nun aber bei den drei grössten Deutschkursanbietern K5, ECAP und ABSM diese Unterstützung und verlangt, dass die Grundpreisreduktion für alle von 30% auf 10% verkleinert werden muss. Mit dieser Reduktion soll erreicht werden, dass mehr Mittel für die individuelle Kursgeldreduktion für einkommensschwächere Kursteilnehmer*innen zur Verfügung steht. Ein grosser Teil der Kursteilnehmenden gehört aber zu dieser einkommensschwachen Personengruppen und so wird diese geplante Reduktion entweder dazu führen, dass vor allem für Kursteilnehmende, in den mittleren Einkommensklassen der Prämienverbilligungstabelle eine Preiserhöhung von bis zu 40% entstehen wird oder dass massiv weniger Migrant*innen einen Deutschkurs besuchen können. Durch diese Einschränkungen werden die erfolgreichen Integrationsbemühungen des Kantons in Frage gestellt und sogar gefährdet.

Durch die aktuelle Coronakrise wird die finanzielle Situation der Deutschkursanbieter noch verschärft. Bedingt durch die Schutzmassnahmen können nur noch Kurse mit kleineren Teilnehmerzahlen durchgeführt werden. Um der grossen Nachfrage gerecht zu werden, braucht es einerseits mehr Kurse und andererseits steigt die Höhe der Subjektfinanzierung pro Teilnehmer*in je kleiner die Klasse ist. Das Kostendach wird so schneller ausgeschöpft. Zudem trifft die Coronakrise gerade einkommensschwächere Migrant*innen stark. Sie sind in der Krise mehr denn je auf gute Deutschkurse angewiesen, da Deutschkenntnisse nebst der sozialen Integration sich klar positiv auf die berufliche Integration auswirken. Deutschkenntnisse erhöhen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Zudem sind gerade diese Menschen von der zunehmenden Arbeitslosigkeit stark betroffen. Erschwerend kommt noch dazu, dass durch die Revision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) neu ein zusätzlicher Nachweis von Sprachkenntnissen erbracht werden muss. Dies wirkt sich vor allem bei der Ausstellung bzw. Verlängerung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen aus. Der Druck für Migrant*innen, Deutsch zu lernen und ein Zertifikat vorzuweisen, ist entsprechend gross und soll vom Kanton unterstützt und nicht durch erzwungene Kurspreiserhöhungen erschwert werden.

Franziska Roth